Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 157 (1991)

Heft: 9

Artikel: Ecksteine strategischer Lagebeurteilung UdSSR - USA

Autor: Rüegger, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-61055

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurz und bündig

Der Kampf um Europa hat begonnen.
Hans-Dietrich Genscher,
deutscher Bundesaussenminister

Trotz der dramatischen Erfolge von Abrüstung und Entspannung ist unser Kontinent jedoch keine risikolose Insel des Friedens. Der Frieden erhält sich nicht von selbst; er kennt kein stetiges Wachstum im Sinne eines Naturgesetzes. Auch in Europa ist die sicherheitspolitische Lage vorerst noch durch Instabilitäten und Risiken gekennzeichnet.
Richard Freiherr von Weizsäcker,
Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Moderne tschechoslowakische Politik litt an einem chronischen Mangel: zuviel Verlass auf andere. Mit Blick auf unsere bitteren historischen Erfahrungen wollen wir nun bei uns selbst beginnen. Aus diesem Grund haben wir den weitreichenden Neuaufbau unserer Armee begonnen, im Geiste unserer neuen militärischen Doktrin, die auf dem Prinzip der ausreichenden Verteidigung gegen potentielle Bedrohungen aus allen möglichen Richtungen basiert. Wir wünschen eine beträchtlich kleinere Armee als bisher, dagegen aber gut ausgebildet und fähig nicht nur zur Verteidigung unseres Territoriums, sondern zuerst und vor allem von Demokratie und Freiheit, das heisst der Prinzipien, auf denen wir unsere Gesellschaft aufbauen.
Vaclav Havel,
tschechoslowakischer Staatspräsident

Solch ein Bürgerkrieg würde nicht auf Jugoslawien beschränkt bleiben. Die Albaner im serbischen Kosovo würden sofort die Chance zum Aufstand nutzen, und Albanien müsste eingreifen. Europa würde wohl den Kroaten Waffenhilfe leisten, während die Moslems wahrscheinlich Beistand von Gaddafi und Teheran erhielten. Das wäre alles mehr als verrückt, aber in der Politik ereignen sich ja oft die verrücktesten Dinge.
Milovan Djilas, Partisan,
Schriftsteller, Rebell gegen die kommunistische «Neue Klasse» (10 Jahre Gefängnis).

Achten Sie auf Jugoslawien. Wenn das zerfällt, geht es bei uns erst richtig los.
Eduard Schewardnadse,
ehemaliger sowjetischer Aussenminister

Wir nahmen damals 10 unserer besten Leute, die Superstars, und gaben ihnen sechs Wochen Zeit, die Restrukturierung zu konzipieren. Wir nannten dies das Manhattan-Projekt. Ich selbst führte mit rund 400 Leuten persönliche Gespräche, praktisch Tag und Nacht, um diejenigen Mitarbeiter auszuwählen und zu motivieren, die später unsere lokalen Gesellschaften führen sollten.
Percy Barnewick,
höchster Führungsverantwortlicher der ASEA BROWN BOVERI, zu seiner Methode, die gewaltige Reorganisation eines Grossunternehmens einzuleiten. Barnewick ins EMD?

Ecksteine strategischer Lagebeurteilung UdSSR – USA

Urs Rüegger

Die Machtkämpfe im Kreml haben eine Wende genommen. Nicht die letzte. Unstabilität und Ungewissheit wachsen. Es ist nötig, die grossen Linien hinter der Tagesaktualität nicht aus den Augen zu verlieren. Die Grossmächte bleiben bestimmend. Der Verfasser geht ihrem Zustand und ihrer Stossrichtung nach. H. B.

Oberst i Gst Urs Rüegger;
Instruktor BAINF seit 1969;
Verteidigungsattaché Skandinavien 1982–1984;
Kdt Pzaw Schulen Chamblon 1985–1986;
Kdt Inf Of Schulen Bern 1987–1988;
Stab Operative Schulung seit 1989.

UdSSR

«corruptissima re publica plurimae leges».
Tacitus

(Bei höchster Verdorbenheit der Republik gibt es die meisten Gesetze)

Wie strukturiert sich ein Chaos?

Glaubt man der CIA, so dürfte sich das Bruttosozialprodukt der UdSSR 1991 um 10–15% vermindern, die Inflation für Zweite-Welt-Länder dramatische 100% überschreiten, das Deviseneinkommen um 25–60% fallen. Diese Zahlen gelten unter der Voraussetzung, dass die Verhältnisse einigermassen kontrollierbar bleiben.

Wieviele Millionen sowjetische Arbeitslose werden in den Westen kommen?

Die Nettoverschuldung Ende 1990 der UdSSR betrug 43,4 Milliarden US-Dollar, d. h. 139% des jährlichen Exporterlöses. Die Deviseneinnahmen sanken 1989/90 dramatisch.

Nach Aussagen der Presseagentur Nowosti (12.4.91) wuchs die Geldmenge im letzten Jahr von ca. 90 auf 140 Milliarden Rubel an, begleitet von einer substantiellen Verringerung der Warenmenge. Die Regierung eröffnete neue Sozialprogramme, erhöhte die Beamtenlöhne, erhöhte die Preise für Industrieerzeugnisse um das bis 2,3fache, erhöhte die Subventionen.

Das Budgetdefizit steigt. Der Konsumgüter- und Produktionsmittelmarkt ist weitgehend zusammengebrochen.

Nowosti beziffert die Menge des «heissen» Schwarzgeldes auf 250–270 Milliarden Rubel. Gemäss Stscherbakow kann eine Hyperinflation die Folge sein und die Arbeitslosigkeit – ein unsozialistisches Phänomen – auf 20 Millionen Personen schnellen.

Diese Zahlen belegen, dass sich die UdSSR in einer dramatischen, tiefen Multikrise befindet. Sie wird artikuliert durch System- und Strukturmängel verschiedenster Art, durch das Fehlen vitaler Voraussetzungen für schnelle Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bereich.

Tickt die Zeitbombe? Janajew schreibt im Spiegel (26/1991), dass die europäische militärische Sicherheit klar von der ökonomischen Sicherheit abhängt.

Die Handlungsfreiheit der UdSSR ist wesentlich eingeschränkt. Dennoch bleiben die UdSSR einzige relevante **Nuklearsupermacht** neben den USA.

In seiner Nobelpreisrede in Oslo hat Gorbatschow folgende zu lösende Hauptaufgaben ins Zentrum gestellt:
– den demokratischen Prozess auf der Grundlage einer freien und freiwilligen Föderation zu stabilisieren,
– die Wirtschaftsreformen zu radikalisieren durch Schaffung einer gemischten Wirtschaft,
– die UdSSR durch Konvertierbarkeit des Rubels sowie den Beitritt zur Weltbank und zum internationalen Währungsfonds für internationale Zusammenarbeit zu öffnen.

Ein herkulisches Programm. Ob seiner Ausrichtung vergisst man leicht, dass der Aufbau auf der Basis einer weitgehend zerstörten Gesellschaft im durch die «Neue Klasse» geschaffenen geistigen Ödland geschehen muss.

Das Ziel? Die Bürger eines partiellen Entwicklungslandes möchten, nach Jahrzehnten im Wartsaal, ein normales Leben führen können.

Es lohnt sich, einige strategierelevante Felder näher zu betrachten:

Politisches Weltklima

Es liegt im fundamentalen Interesse der UdSSR, das Klima der Entspannung, Perestroika/Glasnost, beizubehalten. Ob dies gelingt, ob eine neue Phase des Kalten Krieges möglich ist, hängt nur von der Sowjetunion ab. Ihre relativ flexible Haltung bei der Ausräumung der CFE-Unstimmigkeiten, das Verhalten in Afrika, die Haltung im Golfkonflikt, das Interesse an einer konstruktiven Nahostregelung, ihr Streben nach wirtschaftlicher Kooperation, ihre Vorsicht in der Baltikum-Frage, die innenpolitische Öffnung u. a. deuten darauf hin, dass der Dialog mit dem Westen fortgesetzt werden soll. Den Beziehungen zu den USA kommt dabei erstrangige Bedeutung zu. Dass der Weg zu einer demokratischen Gesellschaft für die UdSSR weit ist – der vorhandene geistig-seelische Schutt nach dem Zusammenbruch der totalitären DDR deutet die Probleme an – muss von den USA berücksichtigt werden.

Entscheidend wird sein, ob es der UdSSR (einer UdSSR) gelingt, den Durchbruch zur Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit, zum politischen Pluralismus zu erzielen. Der innere Zustand dieses Giganten ist von globalpolitischer Bedeutung. Die KPdSU – heute noch weitgehend faktischer Machtverwalter – muss auf legitime Proportionen zurückgestutzt werden.

Erstmals in ihrer modernen Geschichte kann sich die UdSSR (aus ihrer Optik) nicht bedroht fühlen und sich voll auf die Innenpolitik konzentrieren. Gleichzeitig kämpft sie mit der Bewältigung der Probleme, die sich aus ihrer expansionistischen Tradition ergeben. Die jüngste, überraschende Entwicklung dürfte Test und Herausforderung sein. Welche Qualität hat die zukünftige Ordnungsmacht? Kommt sie an den «fundamentals» vorbei?

Wirtschaft

Der Ende April dem Obersten Sowjet vorgelegte komplexe, umfassende Plan zur Bewältigung der Wirtschaftskrise umfasst politische, marktpolitische, finanzpolitische und handelspolitische Massnahmen. Seine Durchsetzung muss mit den Republiken koordiniert werden. Der enorme Zeitdruck, unter dem die Regierung steht, ebenso aber die noch grossen Divergenzen zwischen Zentralmacht und Republiken in ungenau abgesteckten Kompetenzfeldern, würden einen raschen Erfolg zum Wunder werden lassen. Gorbatschow hat klar erkannt, dass die rasche Stabilisierung der Wirtschaft und das Schaffen von Marktwirtschaftsstrukturen zu den absoluten «musts» gehören, vor allem wegen des Vertrauenskapitals, der Kreditwürdigkeit der UdSSR im Ausland. Die wirtschaftliche Vernetzung mit der westlichen Welt soll intensiviert werden. Die Kontakte mit der G-7-Gruppe belegen dies. Der von dieser Gruppe für die UdSSR vorgesehene Status eines assoziierten Mitgliedes des IWF und der Weltbank belegt, welches Gewicht den UdSSR für die Zukunft der Weltwirtschaft beigemessen wird.

Westliche Hilfe an die UdSSR beim Übergang zur Marktwirtschaft hat viele Facetten – psychologische, ökonomische, sicherheits- und strukturpolitische –, um nur einige zu nennen. Harvard-Experten versuchen, zusammen mit sowjetischen Experten, einen für alle Teile gangbaren Weg zu finden. Denn am Absinken der UdSSR ins totale Chaos hat niemand Interesse. In diesen umfassenden und detailliert strukturierten Plänen steckt viel politische Brisanz, auch wegen der innenpolitischen Szene der USA, wo das Verständnis für die UdSSR (Russland) nie gross war. Der Abbau gegenseitiger Vorurteile muss an die Hand genommen werden, braucht aber viel Zeit.

Die demokratische Wahl Jelzins zum Präsidenten der RSFSR – Jelzin ist stets für radikale, praxisbetonte Wirtschaftsreformen eingetreten – dürfte einer entideologisierten, pragmatischen Annäherung an das Problem Auftrieb geben. Kann die RSFSR die Funktion einer Lokomotive übernehmen? Auch ein umgestaltetes Zentrum kommt kaum am Gewicht Jelzins vorbei.

Europapolitik

Der möglicherweise noch beschleunigte Rückzug aus Ostdeutschland einerseits, die ernüchternden Erfahrungen der Sowjetpolitik im ehemaligen Satellitengürtel anderseits, besonders in den Reformstaaten *Polen, Tschechoslowakei, Ungarn,* die nach Europa drängen und keinerlei Verlängerung des Abhängigkeitsverhältnisses wollen, lassen eine kontinuierliche Weiterentwicklung logisch erscheinen. Die UdSSR (oder Teile davon) drängen ebenfalls nach Europa, auch nach Beteiligung an Institutionen, wie z. B. dem Europarat.

Mit der veränderten NATO versucht man sich abzufinden. Die USA-Präsenz, als Stabilitätsfaktor allgemein, wird vermutlich positiv gesehen. Die dringend benötigte Kooperation mit den USA verbietet den UdSSR, deren Hinausdrängen aus Europa als politisches Ziel anzustreben. Auch die Sowjets verstehen zudem, dass ihr machtpolitisches Gewicht nicht durch die Europäer allein ausbalanciert werden kann. Die EG wird als Motor einer dynamischen Entwicklung, als euro-

päische Zukunft aufgefasst, an der man teilhaben will.

Unklug wäre es anzunehmen, dass die UdSSR bei der Zuwendung nach Europa ihre ureigenen Sicherheitsinteressen aufgeben könnten. Doktrin und Streitkräfte jeder künftigen Sowjetarmee werden – auch aus sowjetischem Selbstverständnis heraus – potent, gross und modern bleiben. Eine Nation hat keine Freunde, nur Interessen. Sicherheitsperimeter, z. B. im Baltikum, Kontrolle der Ostsee, werden nicht leichtfertig aufgegeben. Ob das Baltikum schliesslich in die Unabhängigkeit entlassen werden wird, ist offen. Die Entwicklung in Jugoslawien wirft diesbezüglich neue transnationale Fragen auf (Minoritäten).

Zurückhaltung bei Ordnungseinsätzen im Innern der Sowjetunion dürfte als wünschbar erkannt worden sein; zweifelsohne muss die UdSSR der KSZE-Charta auch dem Geiste nach gerecht werden, wenn sie im «europäischen Haus» akzeptiert werden will. Das heisst eben Demokratisierung, Rechtssicherheit, Verzicht auf «active measures» im Ausland (Desinformation, Subversion, Spionage usw.) und innere Stabilität.

Gemeinsame Sicherheitsstrukturen werden angestrebt, bleiben vorerst Vision, wenig konkret und dürften auch dannzumal noch auf lange Zeit wenig gegenseitige Durchdringung aufweisen. Das genetisch magazinierte Konfrontationsmuster wirkt länger nach, als man meinen möchte. Machtpolitische, geostrategische Realitäten bleiben zudem bestehen.

Einen Trumpf aber haben die UdSSR gegenüber Europa: Energie und Rohstoffe.

Zentralmacht – Republiken

Verträgt es einen demokratisch legitimierten Grossfürsten neben einem autokratischen Zentrum? Jelzins Wahl musste für die KPdSU Menetekel sein. Das Resultat ist für die Kommunistische Partei ernüchternd. Die planwirtschaftlich-zentralistisch orientierte Nomenklatura ist herausgefordert. Jelzin steht für Machtverschiebung vom Zentrum weg zu den Republiken.

Die Lösung dieses wohl drängendsten, quälenden Strukturproblems wird immer imperativer, da Erfolg oder Misserfolg vieler Reformen von klaren Verantwortlichkeiten und überschaubaren, praktikablen Regelungen abhängen. Die Dominanz des russischen Kolosses, die koloniale Erblast der islamischen, z. T. rückständigen Republiken am Süd-Unterleib der UdSSR, die Westdrift des Fremdkörpers Baltikum, Gorbatschows Ziel einer starken Union (Präsidialregime) lassen das Problem der Machtverteilung fast unlösbar erscheinen. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Republiken, der Zerfall der Machtstruktur der KPdSU, unterschiedlich fortgeschritten, die objektiven geographischen, verkehrs- und transportmässigen Schwierigkeiten, der desolate Zustand von Landwirtschaft und Dörfern und letztlich auch noch ideologischer Schutt erschweren eine Lösung dieser Frage.

Für die Machtzentrale der UdSSR stellen sich Fragen der Durchsetzbarkeit, der Akzeptanz von Anordnungen, Gesetzen und Lösungen. Zur Durchsetzung braucht es Macht. Wie beeinflusst das Gewicht der RSFSR dieses Problem? Kann die Entideologisierung der Wirtschaft und Verwaltung stattfinden. Die überzeugende Wahl hat Jelzin zusätzliches politisches Gewicht gegeben. Am Präsidenten der RSFSR führt auf nationaler oder internationaler Ebene kaum ein Weg vorbei.

Die gemeinsame Erklärung des Staatspräsidenten und der Repräsentanten von neun Republiken sowie der Entwurf zum Unionsvertrag lassen durchschimmern, dass ein Miteinander von Zentralmacht und Republiken möglich sein könnte, dass dabei eine völlig neue Verfassungswirklichkeit entstehen dürfte. Inwiefern die Erlaubnis zur Sezession einiger Republiken ernst gemeint ist – die geltende Rechtslage legt einem Austritt fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg – bleibt abzuwarten. Eines ist klar: Stabilität dürfte nur erreicht werden, wenn sich die Zentralmacht in einer «Union Souveräner Sowjetischer Republiken» beschränkt auf wesentliche ordnungspolitische Funktionen und Aufgaben, wie z. B. nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Aussenpolitik. Aussenwirtschaftspolitik und Verfassungskontrolle, den Republiken aber echte Mitbestimmung zubilligt und möglichst viel Souveränität in Bereichen der Innenpolitik überträgt. Das politische Gewicht des populären Jelzin dürfte den Prozess ebenso beeinflussen wie der Druck der Bevölkerung und der Nationalitäten nach einem besseren, überschaubaren, individuelleren Leben.

Der Entwurf zum Unionsvertrag ist noch schwammig. Wieviel Souveränität soll jeder Stufe zugeordnet werden? Welche Stellung erhalten die autonomen Gebiete? Wie werden die gemeinsamen Veranwortlichkeiten abgegrenzt? Wie wird das Eigentum definiert und neu verteilt? Was geschieht mit dem Besitz der KPdSU? Es ist wichtig, dass der Vertrag rasch praktikable Wirklichkeit wird. Sonst dürfte die Macht des Faktischen zum Verlust der Kontrolle führen. Die jüngste Entwicklung stellt den bisherigen Verhandlungsstand in Frage. Das Problem dürfte langfristig nicht ändern.

Zusätzlich braucht die UdSSR eine neue Informationspolitik. In einem Zeitalter, wo die Welt zum Welt-Dorf zusammenschrumpft, muss auch im fernsten Sibirien ein neues Bewusstsein entstehen.

Armee

Die sowjetische Militärmacht dürfte, mit Aussicht auf Erfolg, nur nach langer Anlaufzeit zu strategisch umfassenden Operationen fähig sein. Die nukleare Handlungsfreiheit bleibt bestehen. Die Rote Armee ist aufgrund von materiellen, psychologischen und geistigen Defiziten schlecht in Form. Ihr innerer Zustand ist teilweise desolat. Operativ dürfte die Rote Armee funktionieren. Marine und Luftwaffe sind intakt.

Die Sowjetunion ist immer noch eine militaristische Gesellschaft, obgleich Veränderungen sichtbar werden. Den Konsensus einer immer selbstbewusster und kritischer werdenden Bevölkerung zu erhalten wird schwierig, dies zeigt unter anderem das unausgeglichene Resultat des Referendums zum Fortbestand der UdSSR. Eine freiere Informationspraxis erodiert in der UdSSR Clichés und Feindbilder, beeinträchtigt die traditionelle Wehrmotivation. Kriminalität und Drogenprobleme nehmen zu. Das Nationalitätenproblem führt zu Exzessen.

Fazit

Die Multikrise droht die UdSSR in Instabilität versinken zu lassen. Es liegt im Interesse des Westens, mittels Hilfe, Festigkeit und Prinzipien zur Stabilität beizutragen; nicht blauäugig und sicher nicht durch wirkungslos versickernde Finanzspritzen. Das Militärpotential der UdSSR ist weitge-

hend intakt, und es wird modernisiert. Neuausrichtungen in Militärdoktrin und Militärstrategie sind noch nicht klar sichtbar, trotz postulierter «Defensivdoktrin». Auf dem Felde der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist der Testfall, trotz START-Abkommen, noch definitiv zu bestehen.

Aus der Multikrise herausarbeiten kann sich die UdSSR wohl nur aus eigener Kraft und durch innere Entwicklung. Der Prozess wird lange dauern und viele Überraschungen bereithalten.

Immerhin: blenden wir zurück in die Regierungszeit Andropows. Welche gewaltigen Veränderungen haben doch stattgefunden. Gorbatschows Aufbruch, der Wille zum Umbruch, wahrscheinlich der Not gehorchend, dürfte irreversibel sein. Integration in Weltwirtschaft und Weltgemeinschaft ist zwingend; die Form ist offen.

USA

In keinem Volke wird die Frage nach dem, was recht ist, brennender und konstanter gestellt als in Amerika; denn der Amerikaner ist in seinem Innern weit entfernt davon, zu glauben, dass er die Probleme des Lebens wirklich gemeistert habe.

Max Silberschmidt

Die Last der Verantwortung

Der Golfkrieg hat verschiedenes aufgezeigt; erstens, wie weit es kommen kann, wenn man einen teilweise irrationalen Diktator aus opportunistischen Gründen, oberflächlicher Diplomatie oder mangels Kontrolle machen lässt; zweitens, welch enormen Aufwand es braucht, um ihn dann zur Räson zu bringen und welche Risiken politischer, sozialer, militärischer, ökonomischer und ökologischer Art man dabei läuft. Parallelen zum Dritten Reich sind erlaubt. Drittens wurde offenbar, dass die USA als einzig übriggebliebene Supermacht rasch handlungsfähig sind. Sie sind es in bezug auf militärtechnische Kapazität, aber auch bezüglich politischer Sensibilität und Medienpolitik. Die Ausübung der Führungsverantwortung war eine reife Leistung mit exemplarischem Charakter, wie immer auch die komplexe Golfkrise weiter- und hoffentlich zu Ende gehen wird. Die Frage nach Sinn und Grenzen «struktureller Nichtangriffsfähigkeit» sei hier erlaubt.

Hinter der beeindruckenden Handlungsfähigkeit der USA steht letztlich Macht, – militärische, politische, wirtschaftliche –, aber auch Entschluss- und Überzeugungskraft; die Entschlusskraft, welche die Anglo-Amerikaner so oft bewiesen haben, wenn es darum ging, Grundwerten und Prinzipien abendländischer Kultur und Zivilisation zum Durchbruch zu verhelfen oder diese zu schützen, Qualitäten, auf denen ein Grossteil der Weltzivilisation (und Weltkultur) ruht. Dies geschieht aus freiheitlich-demokratischem Selbstverständnis heraus, das wir oft – selbstgerecht – als eher naiv belächeln.

Der Golfkrieg hat ferner gezeigt, dass es von Vorteil ist, wenn man die Weltmeere beherrscht, im Weltraum präsent ist und über globale elektronische Aufklärungs-, Führungs- und Informationsnetze verfügt.

Jedoch wurden auch Grenzen aufgezeigt. Es ist klar geworden, dass selbst eine Supermacht wie die USA an Grenzen ökonomischer, aber auch kulturell-politischer Art stösst. In beiden Bereichen ist nicht mehr alles machbar, mindestens solange nicht, als die Weltwirtschaft als Friedenswirtschaft läuft und der Konflikt regional begrenzt bleibt. Einmal bewahrheitet es sich, dass auf Dauer nur Weltmacht/Supermacht bleiben kann, wer Wirtschaft und Finanzen in Ordnung und Gleichgewicht hält. Weiter wird klar, dass Führungsanspruch vermehrt auf selbstbewusster werdende nicht westliche Weltkulturen Rücksicht nehmen muss. In beiden Feldern stossen die USA an Grenzen: Die eigene Ökonomie lahmt, der Staatshaushalt ist in starkem Ungleichgewicht (das Budgetdefizit 91/92 entspricht zirka dem 80fachen unseres Militärbudgets), und die arabisch-islamische Welt zeigt Eigengewicht. Man wird konfrontiert mit Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, die nicht mit westlichen Massstäben gemessen werden können.

Für die USA besteht ohne Zweifel grosser Handlungsbedarf im Innern. Zerfallserscheinungen, Kriminalität und zunehmende Armut weisen auf ein bedrohtes soziales Gleichgewicht hin, die Drogenproblematik ist quälend und existenzbedrohend, das Erziehungssystem ineffizient, multikulturell herausgefordert und wenig homogen, die Verkehrsnetze sind in schlechtem Zustand. Die objektiven Grenzen der Supermacht treten zu Tage, sichtbar zum Beispiel in der stotternden internationalen Finanzierung des Golfkrieges. Gegen all diese Probleme helfen Führungsanspruch, Selbstvertrauen oder Militärmacht nicht. Es besteht Sanierungsbedarf.

Brückenpfeiler Europa

Zwei Problemkreise dominieren das Verhältnis der USA zu Europa nach dem Zerfall der Warschaupaktorganisation.

– Wie und in welchem Masse werden die USA in ein zu bildendes neues Sicherheitssystem einbezogen? Dabei kommt der Position der UdSSR und des vereinigten Deutschlands Eckwert zu.

– Die Wirtschafts- und Politikmacht EG. Die «special relationship» zu Grossbritannien bleibt dabei bestehen und wirkt als «force-multiplier».

Europäisches Sicherheitssystem

Die NATO ist weit mehr als nur eine Militärallianz. Über fast ein halbes Jahrhundert, über mehrere Politikergenerationen ist eine Vertrauensplattform genereller Art entstanden, deren Wert oft unterschätzt wird. Die transatlantische Dimension hat geistesgeschichtliche Wurzeln. An dieser Beziehung wollen die USA unter allen Umständen festhalten. Sie sind kaum bereit, Konzessionen an Konkurrenzunternehmungen europäischer Regionalpolitik (WEU) zu machen. Die strategische Sicherheit der USA, atlantisch-pazifische Macht von kontinentalem Ausmass, liegt auf den Weltmeeren und im Weltraum, aber auch in Europa, bedingt durch Grösse und Gewicht der UdSSR und durch das Wirtschafts- und Geistespotential der EG. Wirtschaftspolitische Egoismen und Konfrontationen USA–EG

wären ohne NATO viel wahrscheinlicher.

Die KSZE, einziges umfassendes Kontakt- und Verhandlungsforum transkontinental-transatlantischen Ausmasses, ist für Krisenmanagement von grosser Wichtigkeit. Ihre Hauptschwäche ist, dass sie auf Konsensus beruht, ihre Stärke, dass sie Menschenrechte und Völkerrecht ins Zentrum setzt.

Die USA sind in ihrem Selbstverständnis, aufgrund ihrer Geschichte eine Macht, die grosses Gewicht auf entschlossene Taten legt, auf Handeln, das nicht durch komplizierte Prozeduren und Wortschlachten gehemmt werden soll. Der KSZE fehlt aber, ähnlich wie der UNO, ein handlungsfähiges Instrument zur Gewaltanwendung und Machtprojektion. Trotz des Ausbaues einiger ihrer Institutionen dürften selbst langfristig diesbezüglich Grenzen bestehen bleiben.

Die USA setzen auf die NATO. Diese gewährleistet den transatlantischen Zusammenhang zur Schaffung des macht- und verteidigungspolitischen Gleichgewichtes gegenüber dem Koloss Sowjetunion. Die Handlungsfreiheit Deutschlands, der EG – vorläufig jedenfalls – sowie Gesamteuropas gegenüber der UdSSR hängt wesentlich von der transatlantischen Rückversicherung ab. Die USA werden daher mit relativ schwachen Kräften, jedoch mit militärischem Aufbaupotential, vor allem aber nuklear, in Europa präsent bleiben. Die Zusammenarbeit USA–EG wird für die Ausgestaltung und Entwicklung der Welt von morgen enorme Bedeutung haben. Das Verhältnis der militärisch-wirtschaftlichen Supermacht mit der nur wirtschaftlich-technologischen Grossmacht Europa ist gekennzeichnet durch gegenseitige Abhängigkeit in einem komplexen, hochdifferenzierten, wirtschaftsdominierten globalen Umfeld. Beide Giganten kompensieren relative Schwachpunkte des Partners; dass eine Partnerschaft ausgeglichen sein muss, wird unter anderem in den zähen GATT-Verhandlungen klar. Die beiden Partner werden – zusammen mit *Japan,* das allerdings noch keine ausgewogene Grossmacht ist und mehr internationale Verantwortung wird übernehmen müssen –, Motor sein bei der unvermeidlichen Lösung der Schlüsselaufgaben des 21. Jahrhunderts: Bewältigung der ökologischen Bedrohung und Sanierung der 3. und 4. Welt. Dass man für solche Aufgaben in guter Form sein muss, ist klar. Europa hilft den USA, dies zu erkennen.

China, Indien, Lateinamerika

China und Indien, Bevölkerungsschwerpunkt der Welt und Regionalgrossmächte mit Nuklearkapazität, grenzen an den Pazifik, respektive Indischen Ozean, beides Weltmeere von erstrangiger strategischer Bedeutung. Die USA werden das Entstehen von «sea-power» und Raketenkapazität in diesen Ländern aufmerksam verfolgen. *Lateinamerika* wird die USA fordern. Nicht nur deshalb, weil ein sozial benachteiligter, beträchtlicher Teil der US-Bevölkerung Latinos sind, mit höchsten Geburtenraten, sondern auch darum, weil eine Hauptquelle des Drogenelendes in Südamerika entspringt. Ohne Sanierung der sozialen Verhältnisse in den Anden- und Amazonasstaaten dürfte der Drogenkrieg nicht zu gewinnen sein. Ohne Milderung des Sozial- und Wohlstandsgefälles Lateinamerikas zum reichen Norden sind Konflikte grossen Ausmasses und Verlust der Stabilität vorprogrammiert. Lateinamerika muss, trotz gegenwärtiger Fokussierung auf die UdSSR und den Mittleren Osten, zum weltpolitischen Thema werden.

Konfliktsformen der Zukunft – Streitkräfte der Zukunft

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Zeitalter der permanenten Maximalbedrohung durch zwei sich gegenseitig bedrohende Supermächte vorbei, und damit auch die Gefahr eines explosionsartigen Ausbruches eines dritten Weltkrieges. Neue Konfliktformen tauchen auf, sie sind bekannt; erwähnt seien nur die «low intensity conflicts», Konflikte unterhalb der Schwelle des klassischen Krieges. Es sind oft Konflikte, die aus dem Wertzerfall von Gesellschaften, aus politischer oder sozialer Desintegration, aus ideologisch-fundamentalistischer oder ethnischer Intoleranz entstehen.

Aufgrund der global geringer gewordenen klassischen Bedrohung, aber auch aus ökonomischen Sachzwängen, sind die USA daran, ein militärisches Instrument zu schmieden, das ihrer Verantwortung als Supermacht gerecht wird und auch in Zukunft angemessene Handlungsfreiheit gewährleistet. Kernelemente sind:

– Diversifizierte Nuklearkapazität;
– Stabilisierende, abhaltende Präsenz in Europa (NATO-integriert, «Reconstitution Strategy») und im Pazifik; beiderorts konventionell und nuklear;
– Dominanz auf den Weltmeeren und im Luftraum;
– Fähigkeit zum Wiederaufbau der relativ kleinen aktiven Streitmacht zu einer Grösse nach Bedarf (Feuerwehr, Reserve, Neuaufstellungen);
– Schaffung einer genügend grossen Transportkapazität (airlift, sealift):
– Kontrolle des Weltraumes;
– Schaffung günstiger Voraussetzungen an der Medien- und Informationsfront;
– Sicherstellung des technologischen Vorsprunges;
– Unabhängigkeit in bezug auf strategische Güter und Systeme.

Die reale Kaufkraft der Verteidigungsausgaben wird 1990–96 um 22% kleiner. Das Freiwilligenheer wird relativ teurer. Die Rüstungsinvestitionen dürften damit zurückgehen. Die Navy wird von 545 auf 451 Schiffe reduziert. Die US-Streitkräfte werden substantiell schrumpfen.

Dieses schlankere militärische Instrument ist eingebettet in ein Verbundsystem und eine Allianzpolitik, gekennzeichnet durch Rücksichtnahme, Interessenausgleich und «burden-sharing». Es bleiben – Reduktionen eingerechnet – doch gewaltige Lasten. Trotz Rüstungsbegrenzung erkennen die USA auf dem Felde klassischer Bedrohung die noch auf lange typischen Handlungsmuster, die zum Teil eigengesetzlichen Sachzwänge, denen Grossmächte unterliegen, aber auch die den militärisch-industriellen Komplexen eigenen Gesetze; nämlich technologisch fortzuschreiten.

Das militärische Instrument der Zukunft ist gekennzeichnet durch

– Nuklearkapazität als «weapons of last resort»;
– Fähigkeit zur nahezu totalen, frühzeitigen Aufklärung;
– Fähigkeit zur globalen «power-projection» (Luft, See);
– Fähigkeit zur raschen, feuerstarken und machtvollen Reaktion, operativ-strategisch, weltweit, trotz Defensivdoktrinen;
– Automatisierung und Elektronisierung von Teilen des Gefechtsfeldes;
– Verwendung von Hochpräzisionswaffen, auch zur Begrenzung von unerwünschten Schäden;
– Neue Technologien: Laserwaffen, Anti-Materie, Telewaffen, Stealth-Technologie.

Die USA werden gezwungen sein, aus Rücksicht auf ihre nationale Substanz Nötiges von Wünschbarem zu trennen. ■